

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlagsdruckerei: Amt Dresden Nr. 31307  
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Konto Blasewitz Nr. 606  
Post-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher, Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Gostertwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlagsanstalt Hermann Dezer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Original täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 6-spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorchriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: 5. verjährt. Zahlung, Frage od. Kontur d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
88. Jahrgang

Nr. 72

Freitag, den 26. März

1926

## Grundsätzliche Einigung über das neue Steuerprogramm

Dr. Marx reist zu Verhandlungen wegen der Rheinlandbesetzung nach Paris — Leichte Belebung der Wirtschaft  
Abermals Ablehnung der Landtagsauflösung in Sachsen — Holzmann ist gestern an Deutschland ausgeliefert worden

### Der Kampf um den freien Rhein

(Eigener Informationsdienst.)

Der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Marx, beabsichtigt nach Ostern nach Paris zu reisen zu dem Zweck, Wilderungen der Besetzung in der zweiten und dritten Zone in mündlichen Unterhandlungen mit der französischen Regierung zu erreichen. Da das Kabinett in der letzten Zeit sich immer mehr auf den Standpunkt gestellt hat, daß durch mündliche Ausdrücke der verantwortlichen Minister mehr zu erreichen ist, als durch einen Notenwechsel, ist die Zustimmung für Dr. Marx' Reise so gut wie festgestellt. Die Aktion liegt in den Händen des Ministers für die besetzten Gebiete und nicht in denen des Reichsaussenministers, weil es sich um eine innerdeutsche Angelegenheit handelt.

### Deutschland und die Balkanpolitik

(Eigener Informationsdienst.)

In politischen Kreisen verfolgt man mit Aufmerksamkeit die weitere Gestaltung der Zusammenstoßbestrebungen der Balkanländer, der von Italien und der Tschechoslowakei angeregt worden ist. Bisher hatte man geglaubt, daß es sich um eine Gruppenbildung handelt, die nur im Einverständnis mit der Pariser Regierung arbeiten wird. Es hat daher die Nachricht von dem Besuche des jugoslawischen Außenministers Ninkitsch große Verwunderung hervorgerufen. Wie wir zuverlässig hören, hatte die deutsche Delegation in Genf keine Gelegenheit, Näheres über die Bestrebungen auf dem Balkan von dem französischen oder englischen Außenminister zu erfahren. Man wird jedoch demnächst Erkundigungen über die Bestrebungen eines solchen Zusammenschlusses einziehen, da eine Balkanpolitik der Südoststaaten Europas die ganze Politik des Kontinents stark beeinflussen muß. Es wird festzustellen sein, inwieweit sie die deutschen Interessen berührt und eventuell schädigt.

### Brasilien's letztes Wort?

Wie Reuter aus Rio de Janeiro berichtet, hat der brasilianische Außenminister erklärt, so lange es in der Macht Brasiliens stehe, werde es nicht zulassen, daß eine weitere europäische Macht in den Völkerbund eintritt, bevor auch ein südamerikanisches Land darin vertreten sei.

(Wir müssen also auch auf der Herbsttagung des Völkerbundes mit einem Widerstand Brasiliens gegen die alleinige Aufnahme Deutschlands rechnen. D. Schrift.)

### Der Ehrenbürger Chamberlain

Dem englischen Außenminister Chamberlain wurde gestern in der Guildhall der Ehrenbürgerbrief der Stadt London überreicht. Der Stadtkämmerer, der Chamberlain die Ehrenurkunde übergab, nahm zuvor in einer Ansprache auf die hervorragende Rolle, die Chamberlain in Locarno gespielt habe, Bezug.

### Das neue Gesicht der Steuergesetze

Weites Entgegenkommen gegen die sozialdemokratischen Wünsche

Nach langwierigen Verhandlungen, die von den Regierungsparteien mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, sowie der Wirtschaftlichen Vereinigung geführt wurden und denen häufig auch der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und zeitweise auch der Reichsanwalt Dr. Vohler beizuhören, ist es gestern abend zu einer vorläufigen Verständigung über die Aenderung der Steuermildervorlage gekommen. Neben den Regierungsparteien haben sich bereits die Sozialdemokraten und die Wirtschaftliche Vereinigung mit diesem neuen Kompromiß einverstanden erklärt. Die Deutschnationalen haben eine offizielle Zustimmung noch nicht ausgesprochen.

Das neue Kompromiß hält zunächst an der Umsatzsteuer in der reduzierten Höhe von 0,75 Prozent fest.

Eine Senkung der Grunderwerbsteuer ist für die Zukunft in Aussicht genommen. Das soll in der Vorlage jetzt dadurch zum Ausdruck kommen, daß durch eine Art Sperrgesetz im allgemeinen eine Erhöhung der Mieten über 100% des Friedensfußes erst ab 1. April 1927 erfolgen kann.

Die Zugsteuer wird aufgehoben und die Ausfuhrsteuer im wesentlichen nach dem 1. April in der Höhe von 10% vermindert. Die Einkommensteuer wird ebenfalls auf 10% herabgesetzt.

Nachdem Chamberlain die Ehrenurkunde unterzeichnet hatte, erwiderte er: „Er könne die ihm widerfahrne Ehre nicht hinnehmen, ohne im gleichen Augenblick all denen zu danken, die das Zustandekommen des Wertes von Locarno ermöglichten. Locarno sei das Resultat erfolgreicher Zusammenarbeit vieler Staatsleute und vieler Nationen. „Erinnern wir uns in diesem Augenblick daran“, so erklärte Chamberlain, „daß die ersten Schritte auf diesem Wege

von zwei großen und weitstehenden deutschen Staatsleuten unternommen

wurden und nur die großzügige Politik Briand's zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnten. „Äußere Umstände hätten im Augenblick den Völkerbund und seine Organe in Mißkredit gebracht, doch werde sich letzten Endes wohl herausstellen, daß die Ereignisse für die künftige Entwicklung des Völkerbundes nicht ganz zwecklos gewesen seien.“

### Der Friedensvertrag unterm Hammer

Bei einer Bucherauktion in Paris, die dieser Tage abgehalten wurde, erzielte „das Original Exemplar“ des Friedensvertrages einen Preis von 30 000 Francs. Es handelt sich bei diesem Exemplar natürlich nicht um das Original Exemplar des Friedensvertrages, wie die französische Auktionsfirma großzügig erklärt, sondern um eines der sechs oder sieben Exemplare, die in höchster Eile vor der Unterzeichnung fertiggestellt wurden, um den interalliierten Experten und der deutschen Delegation übergeben zu werden. In einigen dieser Handexemplare stehen

Millionen Mark nicht aufgebracht wird, sollen Zuschläge erhoben werden können.

Weiter wird der Fortfall der Veranlagung der Einkommensteuer für den 31. Dezember 1925 in der Weise festgelegt, daß zum Ausgleich der durchschnittlich eingetretene Vermögensminderung für 1926 nur 75% veranlagt werden.

Die Einkommensteuer wird aufgehoben. Bezüglich der Einkommensteuer wird am 1. Juli d. J. eine Vanz der Einkommensteuer eingeführt, die ungefähr 1 Mrd. pro Marke beträgt.

Die Salzsteuer fällt fort. Die Biersteuererhöhung, die am 1. April d. J. eintreten sollte, tritt erst am 1. Januar 1927 in Kraft.

Weiter soll eine Resolution angenommen werden, wonach in Zukunft die Einkommensteuer ermäßigt werden soll, wenn man den ansehnlichen Betrag durch eine bessere Gestaltung des Branntweinmonopols decken kann.

Bezüglich der Erwerbslosen soll die Berechnung zum Bezüge der Unterstützung um 13 Wochen, von 26 auf 39 verlängert werden. Außerdem sollen Bestimmungen getroffen werden, wonach die ausgedienten Erwerbslosen wieder in die Unterstützungsberedung eintreten.

Ferner soll beschlossen werden, daß der Eigenverbrauch der in der Landwirtschaft mitarbeitenden Familienangehörigen nicht der Umsatzsteuer unterliegen soll.

Für Fruchtbaumwein soll die Vanz der Einkommensteuer ab 1. Juli d. J. 20 Pf. pro Flasche betragen.

allerdings persönliche Eintragungen von Lloyd George und Clemenceau. Man hatte eben damals nicht einmal die Zeit, auf die druckfertigen Exemplare zu warten, um Deutschland den Schandfrieden aufzuzwingen. In diesem ersten Exemplar ist z. B. auch noch nicht die richtige Karte des Abstimmungsgebietes Oberschlesien beigegeben worden. Auf dieser Karte ist ganz Oberschlesien als polnisch bezeichnet. Sollte es Herrn Tardieu oder Herrn Lloyd George bereits so schlecht gehen, daß sie ihre eigenen Exemplare haben verkaufen müssen? Auf jeden Fall sind 30 000 Francs recht viel Geld für so viel Torheit und Gemeinheit, die man damit schwarz auf weiß erwirbt.

### Geistige Zusammenarbeit

In Paris hat am Donnerstag die erste Zusammenkunft der Delegierten der Staaten, die an dem Institut für geistige Zusammenarbeit in Paris teilnehmen, stattgefunden. Nach einem offiziellen Kommuniqué ist dem Vertreter Oesterreichs, Wensdorff, der Vorsitz angeboten worden. Die Vertreter der Staaten haben zunächst die wirksamsten Mittel für die Herstellung eines engen Zusammenarbeitens zwischen den verschiedenen Regierungen und dem Institut für geistige Zusammenarbeit geprüft.

### Militärjubiläum des Reichspräsidenten.

Reichspräsident v. Hindenburg feiert am 7. April sein 60jähriges Jubiläum seines Eintrittes in das Heer. Aus diesem Anlaß wird ihm Reichswehrminister Dr. Geßler an der Spitze einer Abordnung des Heeres und der Marine seine Glückwünsche aussprechen.

### Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag

Eine Sorge ist das Kabinett Luther seit seinem Bestehen trotz aller Bemühungen bisher nicht losgeworden, die Frage der Schaffung einer Mehrheit für die Durchführung des Regierungsprogrammes. Das neutrale Minderheitskabinett Luther hat bei seinem Regierungsantritt erklärt, daß seine Bemühungen darauf gerichtet sein werden, die Grundlage des Kabinetts zu verbreitern, damit es gelingt, dem Reichstag mit wechselnden Mehrheiten aus dem Wege zu gehen. Die Mehrheit für die deutsche Außenpolitik ist bei dem Einlegen der Locarnopolitik ohne weiteres gekehrt, da die Sozialdemokraten in dieser Frage mit der Regierungskoalition zusammengingen. Auf diese Weise erreichte das Kabinett ja z. B. bei der Abstimmung über das deutdnationale Mißtrauensvotum gegen die Führer der deutschen Delegation bei den Genfer Verhandlungen eine Mehrheit von 259 gegen 141 Stimmen der Opposition.

Anders liegen die Verhältnisse bei der Behandlung innerpolitischer Fragen. Bisher hat sich für das neue Kabinett Luther keine Gelegenheit ergeben, die Probe aufs Exempel zu machen. Erst bei der Abstimmung über das Härtenabfindungskompromiß und des Steuermildergesetzes wird es sich zeigen, mit welcher Seite des Hauses die Innenpolitik der nächsten Zeit gemacht werden wird. Die Befürchtung der Linksparteien, sowie demokratischer Kreise ging in der ganzen letzten Zeit dahin, daß die Regierung den Versuch machen würde, außenpolitisch mit der Linken und innenpolitisch mit der Rechten zu arbeiten. Man verfolgte deswegen mit großer Spannung die Entscheidungen der Minister und konnte daran nur feststellen, daß überall versucht werde, einen Ausgleich für die Interessen aller Volksschichten zu finden. Inbes hat sich bei den Beratungen über die Steuerentlastung im Ausschuss des Reichstages herausgestellt, daß das Programm des Finanzministers weder die Linke noch die rechte Opposition befriedigen kann, woraufhin die Regierungsparteien sich entschlossen, eine Abänderung der Steuermildergesetzesabgabe anzupfehlen. Die Vorschläge, die von der deutschen Volkspartei ausgingen, und von deren Notwendigkeit sich die anderen Regierungsparteien auch überzeugen ließen, fanden wiederum keinen Beifall bei der Opposition.

Die Sozialdemokraten erklärten sich außerstande, die neue Formulierung als eine Verbesserung anzusehen, zumal sie ihrer Wählererschaft gegenüber die Senkung der Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent als einen Erfolg der sozialistischen Steuerpolitik hingestellt hatten.

Die Rechnung der Deutschen Volkspartei war darauf hinausgegangen, daß die Deutschnationalen der neuen Vorlage zustimmen sollten, da sie die völlige Beilegung der von allen Parteien geforderten Streichung der Einkommensteuer vorzöge. Um so erstaunter war man, als die Deutschnationalen im Ausschuss erklärten, daß sie der Regierung nicht aus den Schwerezeiten helfen könnten. Auf Wunsch des Kanzlers fand hierauf eine persönliche Aussprache zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und der Opposition statt, die mit den Sozial-